

Am 16. Dezember 1944 war Siegen zum ersten Mal Ziel eines Luftangriffs des britischen Bomber Commands; größere Teile der Stadt wurden dabei zerstört. Damit erging es Siegen ähnlich wie vielen anderen Städten im nationalsozialistischen „Deutschen Reich“; die Schrecken des Krieges wurden zu den Orten seiner Entstehung zurückgetragen: In die deutsche „Volksgemeinschaft“.

Das Muster, nach dem die Nazis diese Ereignisse in ihrer geschichtsrevisionistischen Manier umdeuten, sind so bekannt wie wenig einfallsreich: Die Ereignisse werden konsequent aus ihrem Kontext gerissen, so dass nur eine schutzlose Zivilbevölkerung als Opfer von militärisch unnötigem „Bombenholocaust“ übrigbleibt. Wie falsch dieses Bild ist, muss hier kaum weiter erörtert werden: Nicht nur, dass der Luftkrieg gegen Deutschland sehr wohl auch aus militärischem Kalkül erfolgte.

Wichtiger noch: Es muss immer wieder betont werden, welche Barbarei von dieser jetzt selbst betroffenen Zivilbevölkerung in Gang gesetzt wurde. Während der Krieg in die deutschen Städte zurückkehrte waren die Shoa, der millionenfache Mord an der jüdischen Bevölkerung, sowie die Verfolgung der Sinti und Roma, von Menschen mit Behinderung und anderem „unwertem Leben“, von Homosexuellen, von KommunistInnen und von allen anderen Menschen, die nicht in der Volksgemeinschaft aufgehen konnten oder wollten, in vollem Gange.

Und schließlich war es Deutschland, das die Welt in den mörderischsten aller Kriege hineinzwang. Auch die Ausweitung des Krieges auf die Zivilbevölkerung war eine deutsche „Erfindung“. Während die deutsche Luftwaffe zu Beginn des Krieges Städte in Großbritannien, Belgien, den Niederlanden, Polen oder der Sowjetunion noch „konventionell“ „coventrisieren“ konnte, musste sie ihre Terrorangriffe später wegen der Luftüberlegenheit der Alliierten mit den „Vergeltungswaffen“ V1 und V2 durchführen. Allein das deutsche Flächenbombardement auf Stalingrad im August 1942 kostete 40 000 Zivilisten das Leben; eine einzige V2-Rakete, die in einem Kino einschlug tötete am 16. Dezember 1944 in Antwerpen weit mehr Zivilisten als der zeitgleich stattfindende Luftangriff auf Siegen. Übrigens befand sich in Siegen eine wichtige Leitstelle, die die Angriffe maßgeblich koordinierte; Abschussrampen befanden sich hier ebenfalls.

Die Argumentationen der Nazis passen aber nicht schlecht zu einem, gerade in den letzten Jahren, verstärkt zu beobachtenden Trend, vor allem die Deutschen als Opfer des Zweiten Weltkrieges darzustellen. Dabei wird die Schuld der deutschen Bevölkerung mit dem Hinweis auf die eigenen Leiden relativiert und die Opfer gegeneinander aufgerechnet. Dabei wird zum Beispiel die Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Teil des ehemaligen „Deutschen

Reiches“ mit dem Mord an den Jüdinnen und Juden oder den Sinti und Roma gleichgesetzt, indem man *auch hier* den Begriff des „Völkermords“ verwendet. Daß dies zynisch ist, muß wohl kaum betont werden. Der Nationalsozialismus ist schließlich nicht vom Himmel gefallen, sondern konnte auf die Unterstützung der Bevölkerung und eine lange Tradition des Antisemitismus, des Nationalismus und Autoritarismus bauen. Das beliebte „Wir haben doch nichts gewusst“ kann schon lange nicht mehr überzeugen.

Auch der Mitte der Gesellschaft sind also Argumentationsmuster, die denen der Nazis zum Verwechseln ähnlich sehen, nicht fremd. Allerdings radikalisieren die Nazis solche Ansichten und ziehen ihre gewalttätigen Konsequenzen daraus.

Setzt man den Nazis bloß ein Plädoyer „für Demokratie“ entgegen, indem man sie zum Denken auffordert, reduziert man ihre Ideologie auf eine bloße denkerische Fehlleistung, auf ein Missverständnis, dem man mit Pädagogik und freundlich-vernünftigen Worten beikommen kann. So blendet man notwendig aus, daß der Nationalsozialismus nicht bloß eine nach rückwärts gewandte Ideologie ist, sondern vor allem auch eine spezifische Antwort auf die kapitalistische Vergesellschaftung, eine barbarische Folge ihrer Dynamik ist. In diesem Sinne müssen auch die modernen Nazis verstanden werden, die sich schließlich sogar als „Antikapitalisten“ begreifen. Dabei darf man diesen „Antikapitalismus“ nicht als bloße Maske verstehen, mit der die Nazis auf Stimmenfang gehen.

Die kapitalistische Produktionsweise verläuft notwendig widersprüchlich und ihre Widersprüche werden natürlich von den in dieser Gesellschaft lebenden Menschen wahrgenommen. Der Nazismus und der Antisemitismus sind Reaktionsweisen auf diese unverstandenen Widersprüche. Die abstrakten Zwänge des Kapitalismus, die Krisen und die Zumutungen werden dabei auf konkrete Personengruppen projiziert, die die Schuld an der eigenen Misere haben sollen. Hinter den, als unheimlich empfundenen, abstrakten Zusammenhängen wird eine geheime Macht vermutet, die die Fäden in der Hand hält - eine Rolle, die in dieser wahnhaften Weltsicht immer wieder die Juden spielen. Als Gegenmodell zur Anonymität der Weltwirtschaft setzen die Nazis die Volksgemeinschaft, in der vermeintlich die Widersprüche verschwinden und der Einzelne seiner individuellen Verantwortung enthoben wird. Das Konkurrenzprinzip wird dabei nach außen gewendet und trifft nun die als rassistisch minderwertig Angesehenen.

Rassismus und Antisemitismus sind aber nicht nur auf militante Neonazis beschränkt. Es sind eben nicht nur die Nazis, die „die Ausländer“ loswerden wollen; dies ist vielmehr eine Position, die auch viele andere teilen würden. Antisemitismus und Rassismus sind keine Randgrup-

penphänomene, sondern tauchen auch in der Mehrheitsbevölkerung , ebenso bei den sogenannten Eliten immer wieder und regelmäßig auf. Sicherlich haben die meisten die Debatten über eine „drohende Überfremdung“ des „christlichen Abendlandes“, die vermeintliche Integrationsunwilligkeit der MigrantInnen und die Einführung eines Einbürgerungstests vor Augen. Erst kürzlich machte das Mitglied des Bundesbankvorstandes, Thilo Sarrazin, mit einem Interview Schlagzeilen, in dem er sich rassistisch äußerte. Die Aufzählung ließe sich beliebig verlängern.

Immer wieder und immer öfter kommt es zu rassistisch motivierten Gewalttaten, und das nicht nur von organisierten Neonazis. Antisemitische und rassistische Ideologien lassen sich bei großen Teilen der Mehrheitsbevölkerung finden, wie in den letzten Jahren verschiedene Umfragen und Untersuchungen immer wieder zeigen. Dies alles geht einher mit dem neuen deutschen Nationalgefühl, das sich als Folge der neuerlichen Machtstellung Deutschlands ausgebreitet hat.

Dies sind keine Probleme, die sich jenseits der Grenzen von Demokratie und Bürgerlichkeit bewegen. Man darf nicht vergessen, daß gerade demokratische Staaten es sind, die eine radikale Abschottung der EU-Grenzen betreiben und massiv und mit scharfen Maßnahmen Flüchtlinge abwehren. Bei dieser Abschottungspolitik spielt gerade auch Deutschland eine wichtige Rolle.

Als sich Anfang der neunziger Jahre in Deutschland die ausländerfeindlichen Pogrome häuften und Asylbewerberwohnheime brannten, nahm man dies zum Anlass, das Recht auf Asyl faktisch abzuschaffen. Die 1993 eingeführte sogenannte „Drittstaatenregelung“ bestimmt, dass niemand in Deutschland Asyl beantragen kann, der über ein sicheres Drittland einreist. Das gilt natürlich aufgrund der Lage Deutschlands für so gut wie alle Flüchtlinge. Man will Zuwanderer, wie man mittlerweile unverhohlen zugibt, nur zulassen, wenn dies den Bedürfnissen des hiesigen Arbeitsmarktes entspricht. Eingeschönt nennt man diese Politik „gesteuerte Einwanderung“.

Die vorgeschobenen Argumente für die Abwehr von Flüchtlingen lauten häufig, man wolle die organisierte Kriminalität bekämpfen und den Menschenhandel unterbinden. In Wahrheit will man vor allem Kosten einsparen, die sich aus der Aufnahme von Flüchtlingen ergeben könnten. Und natürlich dienen diese Maßnahmen dazu, die nationalen Märkte vor einer Konkurrenz „von außen“ zu schützen.

Bei der Abwehr der Flüchtlinge wird auf die sonst gepriesenen Menschenrechte keine Rücksicht genommen. So lässt man Flüchtlinge vor den Küsten Europas verdursten oder man leitet

ihre Boote auf hoher See um und schickt sie in Länder, wo ihnen Misshandlungen drohen. Für solche Operationen hat die EU eigens die Agentur FRONTEX geschaffen. In Deutschland schiebt man die unschönen Seiten dieser Politik gerne auf Fehler, die bei der Umsetzung in anderen Ländern, Italien oder Griechenland, gemacht werden. Daß es sich aber um eine *gemeinsame* Eu-Flüchtlingspolitik handelt, bei der Deutschland federführend beteiligt war und man recht zufrieden ist, wenn andere sich mit den Problemen zu befassen haben, verschweigt man lieber.

Es offenbart sich *auch hier*, daß die bürgerlichen Menschenrechte in Wirklichkeit Staatsbürgerrechte sind, die durchgesetzt werden müssen, was allerdings nur geschieht, wenn jemand ein Interesse daran hat.

Die bürgerliche Demokratie ist eben nicht einfach eine neutrale politische Form, sondern sie hat die kapitalistische Produktionsweise zu ihrem sozialen Inhalt und die bringt immer wieder antisemitische, rassistische und völkische Ideologien hervor. Einer Politik, der es nicht nur darum geht, den Imageschaden abzuwenden, den eine Demonstration der Nazis bedeutet und das eigene Gewissen zu beruhigen, um so weiter machen zu können wie bisher, muß auch die materielle Basis des Nazismus und der zugehörigen Ideologien in Frage stellen. Es ist eine Illusion, die bestehende Gesellschaft könne auf ihrer eigenen Grundlage diese Probleme lösen.

Die hässlichen Seiten dieser Gesellschaft dürfen nicht *nur* bei den Nazis gesucht werden. Es ist wichtig, den Nazis entschlossenen entgegen zu stellen. Aber ebenso müssen rassistische und antisemitische Ideologien überall da bekämpft werde, wo sie sich blicken lassen.